



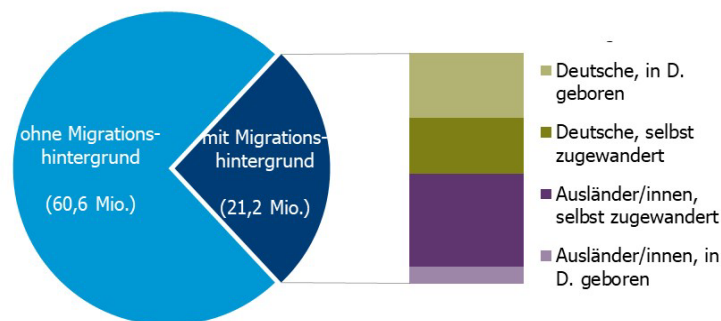
Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht

Zahlen und Fakten zum SVR-Jahresgutachten 2021

Diversität der Bevölkerung

Deutschland ist vielfältiger geworden. Ein Faktor, der dazu beigetragen hat, ist Zuwanderung. Jeder vierte (26 %) in Deutschland lebende Mensch hat 2019 eine eigene oder familiäre Einwanderungsgeschichte – das sind insgesamt 21,2 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit 2019



Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt

Etwas mehr als die Hälfte (52,4 %) der Menschen mit Migrationshintergrund hat einen deutschen Pass – das sind rund 11,1 Mio. Etwa ein Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund stammt aus einem Mitgliedstaat der EU, ein weiteres knappes Drittel aus einem europäischen Staat außerhalb der EU (v. a. Türkei, Russische Föderation). Das übrige Drittel verteilt sich auf alle anderen Länder der Welt. Über ein Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund ist

in Deutschland geboren. Gut 14 Prozent sind erst in den letzten fünf Jahren zugewandert.

Die Menschen sind aus den unterschiedlichsten Gründen und auf unterschiedlichen Wegen nach Deutschland zugewandert. Von den Ausländerinnen und Ausländern haben insgesamt etwa zwei Drittel ein unbefristetes Aufenthaltsrecht (einschl. EU-Freizügigkeit). Fast fünf Millionen sind als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger deutschen Staatsangehörigen rechtlich weitgehend gleichgestellt. Knapp 800.000 Personen haben keinen Aufenthaltstitel, sondern nur eine Aufenthaltsgestattung, eine Duldung oder keines von beiden.

Quer zum Migrationsstatus liegen Unterscheidungslinien wie das Geschlecht, das Alter, der sozioökonomische Status, der Bildungsstand, das Milieu, der Wohnort, die sexuelle Orientierung und die Geschlechtsidentität, der Familienstand oder die religiöse Zugehörigkeit und der Grad der Religiosität. Für die Teilhabechancen einer Person sind einige dieser Merkmale bedeutsamer als ein etwaiger Migrationshintergrund – allen voran der Bildungsstand und der eigene oder elterliche sozioökonomische Status.

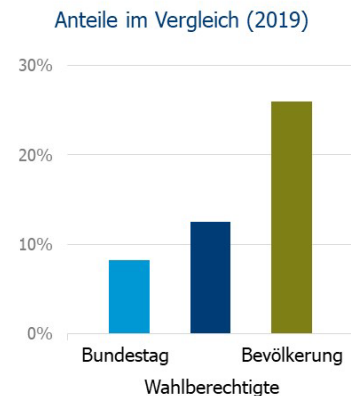
Politische Teilhabe

Deutsche mit Migrationshintergrund stellten 2019 rund 12,5 Prozent aller Wahlberechtigten. Dieser Anteil wird weiter steigen, wenn Angehörige der zweiten und dritten Zuwanderungsgeneration volljährig werden. Im Vergleich zu Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte geben Deutsche mit Migrationshintergrund in Befragungen seltener an, dass sie gewählt haben. Dies betrifft besonders selbst Zugewanderte. Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation beteiligen sich nach eigenen Angaben häufiger an Wahlen als ihre zugewanderten Eltern.

Beim Blick in die Länderparlamente sowie den Bundestag fällt auf, dass sich der Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund im Verlauf der vergangenen Jahre erhöht hat; er liegt jedoch weiterhin unter dem Anteil an den Wahlberechtigten. In den Parlamenten der Bundesländer hatten 2015 insgesamt 4,5 Prozent der Landtagsabgeordneten einen Migrationshintergrund. Dabei bestehen Unterschiede zwischen den Ländern.



Im 19. Deutschen Bundestag (seit 2017) haben 8,2 Prozent der Abgeordneten einen Migrationshintergrund, das sind 58 von insgesamt 709 Abgeordneten. Der Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund ist über die letzten Legislaturperioden deutlich gestiegen: Im 18. Deutschen Bundestag (2013–2017) hatten lediglich 5,9 Prozent der Abgeordneten einen Migrationshintergrund, im vorherigen 17. Deutschen Bundestag (2009–2013) waren es 3,4 Prozent und im 16. Bundestag (2005–2009) nur 1,8 Prozent.

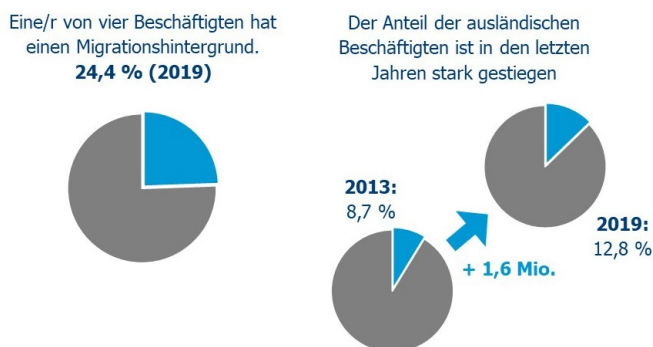


Quelle: Mediendienst Integration, Statistisches Bundesamt

Diversität auf dem Arbeitsmarkt

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den vergangenen Jahren gestiegen. In vielen Schlüsselbereichen wie zum Beispiel dem Gesundheitssystem kann auf ihre Mitarbeit nicht mehr verzichtet werden. Mittlerweile hat ein Viertel aller Beschäftigten eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte.

Zugleich sind sie in Deutschland – so wie in den meisten Einwanderungsländern – auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellt als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Sie arbeiten seltener in hoch qualifizierten Berufen, verrichten häufiger körperlich anstrengende Arbeiten, befinden sich vermehrt in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und erzielen im Durchschnitt ein niedrigeres Einkommen. Ausländerinnen und Ausländer arbeiten dabei deutlich häufiger als Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit in einem sog. atypischen Beschäftigungsverhältnis, also befristet, weniger als 20 Wochenstunden, geringfügig beschäftigt oder in Zeitarbeit:



Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt

Der Anteil entsprechender Beschäftigungsverhältnisse betrug 2019 bei Erwerbstätigen mit deutscher Staatsangehörigkeit 17,9 Prozent, bei EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern 26,8 Prozent und bei Personen aus Drittstaaten 34,4 Prozent. Zudem erzielen ausländische Arbeitskräfte unter Berücksichtigung ihrer Qualifikation etwa doppelt so häufig ein Entgelt im unteren Einkommensbereich wie Deutsche (weniger als zwei Drittel des Medianentgelts).

Studien zeigen, dass neben niedrigeren Qualifikationen und nicht anerkannten ausländischen Abschlüssen weitere Faktoren für diese nachteilige Platzierung auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle spielen können – zum Beispiel Diskriminierung, fehlende Netzwerke oder geringe Sprachkenntnisse.

Im öffentlichen Dienst, der ein besonderes Segment des Arbeitsmarktes darstellt, sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (dieser lag 2018 bei 27;1 %) weiterhin deutlich unterrepräsentiert: Nach Auswertungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung hatten im Jahr 2018 11,9 Prozent der Erwerbstätigen im öffentlichen



Dienst einen Migrationshintergrund, in der Privatwirtschaft waren es 26,6 Prozent. Allerdings ist der Anteil in den letzten Jahren leicht angestiegen: 2005 waren es noch 8,9 Prozent.

Einstellungen

Der Anteil der Deutschen, die Ausländerinnen und Ausländer als kulturelle Bereicherung empfinden, ist von 1996 über 2006 bis 2016 stetig gestiegen: Im ALLBUS stimmten dieser Aussage 1996 nur 36,3 Prozent zu, im Jahr 2006 waren es bereits 42,8 Prozent und im Jahr 2016 47,0 Prozent. Eine ähnliche Fragestellung im ESS bestätigt diesen Befund: Dort gaben 2006 rund 49 Prozent aller befragten deutschen Staatsbürger an, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer das kulturelle Leben bereichern. Seit 2012 ist eine klare Mehrheit dieser Meinung.

Bei der Frage, unter welchen Bedingungen Zugewanderte die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sollen, gelten nach Ansicht der Befragten vor allem die Merkmale als entscheidend, die durch das eigene Verhalten beeinflusst werden können. Merkmale, die man qua Geburt hat oder eben nicht, spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Deutsche bzw. Deutscher kann man durch eigenes Handeln werden – insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache, die Sicherung des Lebensunterhalts und eine gewisse kulturelle Anpassung. Hier manifestiert sich eine zunehmend routinierte Einwanderungsgesellschaft, die Einwanderung und ein von ethnischer Zugehörigkeit losgelöstes Staatsangehörigkeitsrecht weitgehend als Normalität anerkennt.

Weitere Informationen

SVR 2021: [Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht](#). Jahresgutachten 2020, Berlin.

Quellen

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS).

BA 2020: [Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten \(Quartalszahlen\)](#). 31. März 2020.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration Flüchtlinge und Integration/BiB 2020: [Kulturelle Diversität und Chancengleichheit in der Bundesverwaltung. Ergebnisse der ersten gemeinsamen Beschäftigtenbefragung der Behörden und Einrichtungen im öffentlichen Dienst des Bundes](#).

European Social Survey (ESS).

Gundert, Stefanie/Kosyakova, Yuliya/Fendel, Tanja 2020: [Migrantinnen und Migranten am deutschen Arbeitsmarkt. Qualität der Arbeitsplätze als wichtiger Gradmesser einer gelungenen Integration](#).

Integrationsministerkonferenz 2021: [Integrationsmonitoring der Länder](#).

Mediendienst Integration 2017: [Abgeordnete mit Migrationshintergrund](#).

Statistisches Bundesamt 2020: Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Aufenthaltstitel/Ausgewählte Aufenthaltstitel, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. [GENESIS-Online-Datenbank](#), Tabelle 12521-0008.

Statistisches Bundesamt 2020: [Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2019. Fachserie 1 Reihe 2.2](#).

Statistisches Bundesamt 2020: [Weiterhin hoher Anteil von Ausländerinnen und Ausländern atypisch beschäftigt. Pressemitteilung vom 03.09.2020](#).

SVR 2019: [Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2019](#).

Impressum

Herausgeber

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
www.svr-migration.de